

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
11. Dezember 1914

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zunel), Wilhelmshöhe,
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Kriegsfrankenunterstützung. Von Gustav Goch. — Die sozialistische Frauenbewegung in Frankreich. Von Wally Grumbach. (Schluß).
— Nirgendwo? — Die Gewerkschaften im Jahre 1913. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizenteil: Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Für den Frieden.

Kriegsfrankenunterstützung.

Je länger der Krieg sich hinzieht, desto klarer zeigt sich, daß mehr als bisher geschehen muß, um wenigstens seine schlimmsten wirtschaftlichen Folgen möglichst von der großen Masse des arbeitenden Volkes fernzuhalten. Auf eine dringend notwendige Maßnahme dieser Art hat Geheimrat Professor Dr. P. Mayet in Berlin hingewiesen. Er verlangt besondere Kriegsfrankenkassen, deren Aufgabe sein soll:

1. den Familien der Kriegsteilnehmer,

2. den infolge des Krieges Arbeitslosen und ihren Familien bei Verschärfungen der Kriegsnot durch Wochenbett, Krankheit oder Todesfall in der Familie Hilfe zu gewähren. Die Leistungen dieser Kasse sollen bestehen in Wochenhilfe, Familienhilfe und Sterbegeld.

Die **W o c h e n h i l f e** soll gewähren:

a. ein **W o c h e n g e l d** von 80 Pf. täglich für die Dauer von 8 Wochen, wovon 14 Tage vor der Entbindung liegen dürfen; bei Fehlgeburt fällt das Wohngeld weg;

b. die notwendigen Dienste der Hebammen und Ärzte während der Schwangerschaft und bei Fehlgeburten;

c. ein **St i l l g e l d** von 30 Pf. täglich bis zum Ende der 39. Woche nach der Niederkunft;

d. **H a u s p f l e g e** auf die Dauer bis zu 6 Wochen unter Wegfall des Wohngeldes;

e. **B e r p f l e g u n g** in einem Schwangeren- oder Wöchnerinnenheim unter Wegfall des Wochen- und Stillgeldes.

Als **F a m i l i e n h i l f e** ist vorgesehen:

a. **Ä r z t l i c h e** Behandlung;

b. **Ä r z n e i** und kleinere Heilmittel;

c. **H a u s p f l e g e** auf die Dauer bis zu 6 Wochen;

d. **B e r p f l e g u n g** und Behandlung in einer Krankenanstalt auf die Dauer bis zu 8 Wochen;

e. **B e r p f l e g u n g** in einem Genesungsheim oder in einem Kurort auf die Dauer bis zu 8 Wochen.

Das **S t e r b e g e l d** soll betragen beim Tode

a. der Familienmutter 30 Mk.,

b. des arbeitslosen Familienvaters 30 Mk.,

c. eines Familienangehörigen 15 Mk.

Die Notwendigkeit dieser Leistungen braucht in diesem Zusammenhang nicht ausführlich begründet zu werden. Die „Gleichheit“ hat seit jeher eine sachgemäße und ausreichende Kranken- und Wochenhilfe für alle Familien gefordert und vor vier Jahren auch in jeder Weise die Bemühungen der Sozialdemokraten im Reichstag unterstützt, die Kranken- und

Wochenhilfe zu verbessern. Bezeichnend ist nur, daß jetzt für diese Forderungen auch ein Mann wie Professor Dr. Mayet in Berlin so entschieden eintritt. Das verdient eine besondere Beachtung. Professor Dr. Mayet war nämlich Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes und hat dort die Fragen der Arbeiterversicherung bearbeitet. Soffentlich gelingt es ihm, für seine Forderungen die maßgebenden Kreise der Regierungen und bürgerlichen Parteien zu gewinnen. In der Gesellschaft für soziale Medizin, Hygiene und Medizinalstatistik in Berlin sind die Vorschläge des Professors Dr. Mayet besprochen und einstimmig gebilligt worden.

Allerdings kann mit diesen Maßnahmen nicht mehr lange gewartet werden. Vielmehr sollte der Reichstag schon bei seinem nächsten Zusammentreten, also am 2. Dezember dieses Jahres, diese Kriegsunterstützung beschließen. Professor Dr. Mayet hat das in Aussicht gestellt.

Bei den geforderten Maßnahmen handelt es sich im wesentlichen um eine — Geldfrage. Die Bezeichnung: Kriegsfrankenkassen, wie sie Professor Dr. Mayet gewählt hat, ist nicht zutreffend. Sie verleitet zu der Auffassung, als sollten die Mitglieder dieser Kassen zu der Deckung der Kosten beitragen. Das ist aber — auch nach dem Plane des Professors Dr. Mayet — ausgeschlossen. Es kommen hier ja gerade solche Familien in Betracht, die infolge des Krieges ohne den Verdienst ihres Ernährers sind und deshalb nicht aus eigenen Mitteln auch nur die notwendigsten Ausgaben bestreiten können. Um dies Verhältnis von vornherein klar auszusprechen, empfiehlt es sich, die geplanten Maßnahmen als **K r i e g s f r a n k e n u n t e r s t ü t z u n g e n** zu bezeichnen.

Die Kosten dieser Unterstützungen hat nach dem Vorschlag des Professors Dr. Mayet in letzter Linie das Reich zu tragen. Die Versammlung der Gesellschaft für soziale Medizin, Hygiene und Medizinalstatistik in Berlin empfahl, daß die Mittel für die Unterstützungen aufgebracht werden sollen durch das Reich oder durch die Versicherungsanstalten der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Dabei ist zu unterscheiden, ob die Mittel vorläufig aufgebracht oder endgültig bezahlt werden sollen. Zunächst ist die wichtigste Frage, woher die Mittel für die sofortige Durchführung der Unterstützungen vorläufig genommen werden sollen. Hierüber wird die Verständigung verhältnismäßig leicht sein. Bei einer nur vorläufigen Regelung der Kostenfrage ist die Hauptsache, daß die Mittel beschafft werden, der Streit aber darüber, wer sie endgültig tragen soll, wird bis nach dem Friedensschluß vertagt.

Jedoch dürfen wir keinen Zweifel darüber lassen, daß die Versicherungsanstalten der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung mit der vorläufigen Übergabe der Mittel in keiner Weise für die endgültige Belastung verpflichtet werden sollen. Denn auch nach dem Kriege muß die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung unter allen Umständen die Mittel haben, die sie für die Erfüllung ihrer großen und wichtigen Aufgaben braucht. Nach meiner Auffassung muß das Reich auch nach dem Kriege in ganz anderer, viel

weitergehender Weise als bisher sich seinen sozialpolitischen Aufgaben widmen.

Übrigens werden die Kosten um so größer sein, als die mit Recht von Professor Dr. Mayet geforderten Leistungen sogar nicht einmal immer von den Mitgliedern der Krankenkassen beansprucht werden können, also selbst nicht von den Familien, die aus eigenen Mitteln in beträchtlichem Maße zur Deckung der Kosten beitragen. Daher muß auch hier für eine genügende Wochen- und Familienhilfe gesorgt werden, und die Gesamtheit hat die Pflicht, das zu gewähren, was die Klassen unter dem Kriegszustand nicht aus eigener Kraft leisten können.

Besondere Krankenkassen für die Gewährung der Kriegsfrankenunterstützungen sind nicht nötig. Besonders wichtig ist es aber, daß eine scharfe Trennung von der Armenverwaltung erfolgt. Unter keinen Umständen dürfen die geforderten Maßnahmen denselben Körperschaften und Personen als Aufgabe zugewiesen werden, die auch in der Armenpflege tätig sind. Denn sonst wird — wie jetzt wieder die Erfahrungen bei den Kriegsunterstützungen beweisen — die Durchführung der Fürsorge in unerträglicher Weise gestört durch den Geist, der leider noch immer nur zu oft die Armenpflege beherrscht. Nämlich durch die Auffassung, daß die Unterstützungen nichts als eine unangenehme Last sind und deshalb unter allen Umständen möglichst eingeschränkt werden müssen. Unerlässlich ist es mithin, daß die Durchführung der Unterstützungen überall die Aufgabe der Ortskrankenkassen sein muß und, wo solche nicht vorhanden sind, der Landkrankenkassen. Die Unkosten, die daraus den Krankenkassen erwachsen, müssen ihnen selbstverständlich ersetzt werden. Hierfür hat sich ebenfalls die Versammlung der Gesellschaft für soziale Medizin, Hygiene und Medizinalstatistik in Berlin ausgesprochen.

Die vorstehenden Richtlinien ergeben sich aus der Sache selbst, so daß eine Meinungsverschiedenheit über sie eigentlich ausgeschlossen sein müßte. Werden sie von den Regierungen und den bürgerlichen Parteien angenommen, dann kann weder das Gesetz über die Kriegsfrankenunterstützungen noch seine Durchführung große Schwierigkeiten machen. Der Reichstag hat also Gelegenheit, in den nächsten Tagen zu zeigen, ob er den Pflichten der jetzigen schweren Zeit zur Milderung des wirtschaftlichen Notstandes gerecht werden will.

G u t t a v S o c h, Hanau a. M.

An dem Tage, wo diese Nummer in Druck geht, tritt der Reichstag zusammen, der auch darüber mit zu entscheiden hat, wie jener Notstand gelindert werden soll, der Herrn Professor Mayet zu den vorstehenden Vorschlägen veranlaßt hat. Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wissen will, hat sich der Bundesrat bereits mit dieser sehr dringlichen Frage befaßt. Er soll beschließen haben, daß aus Reichsmitteln eine außerordentliche Unterstützung im Falle der Entbindung sowie für die Zeit nach der Niederkunft der Frauen gewährt wird, deren Ehemänner während des gegenwärtigen Kriegs Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste leisten. Voraussetzung dafür ist, daß diese Männer zu dem Kreis der Personen gehören, die gegen Krankheit versichert sind. Den Frauen würde der Anspruch auf die Wochenhilfe auch dann zustehen, wenn der Mann beim Eintritt in den Kriegsdienst von dem Recht zur freiwilligen Weiterversicherung keinen Gebrauch gemacht hat. Als Wochenunterstützung soll gewährt werden Hilfe durch Hebamme oder Arzt, ein Wochengeld von 1 Mk. täglich für 8 Wochen und ein tägliches Stillgeld von 50 Pf. für 12 Wochen, wenn die Mutter das Neugeborene an der Brust nährt. Die Krankenkassen sollen die gleiche Wochenhilfe auch den weiblichen Personen leisten, die selbst versichert sind. Die Kosten dafür haben die Klassen selbst zu tragen. Aus Reichsmitteln werden — so meint die oben genannte Quelle — für die angegebene Art der Wochenhilfe monatlich 2 Millionen Mark erforderlich sein. Die Neuerung soll in Kraft treten, sobald der Reichstag die Mittel dazu bewilligt hat.

Wenn die Meldung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zutrifft, so würde die Fürsorge, die der Bundesrat zur Bekämpfung außerordentlicher Notlage geplant hat — von zwei Einzelleistungen abgesehen und als Ganzes betrachtet — bedeutend hinter den Forderungen zurückbleiben, wie sie von Professor Mayet erhoben worden sind. Wir halten diese Mitteilung jedoch einstweilen für irrig. In dem nämlichen Augenblick, wo zum zweiten Male 5 Milliarden für die Zwecke des Krieges nach außen gefordert werden, wird das Reich mit den Mitteln nicht kargen, die die inneren Feinde des Volkes zurückwerfen sollen: die Not, die Sorge. Es geht dabei um Deutschlands wertvollsten Besitz: um gesundes Menschenleben. Jedenfalls hat in der Sache vorerst noch der Reichstag das Wort.

Die sozialistische Frauenbewegung in Frankreich.

Von Wally Grumbach, Paris.

(Schluß.)

Im Laufe des Jahres wurde die sozialistische Parteileitung offiziell von der Gründung der Frauengruppe in Kenntnis gesetzt. Daraufhin forderte der Sekretär der Seineföderation die Gruppe auf, sich durch eine Vertretung ihres Komitees mit der Statutenrevisionskommission der Partei in Verbindung zu setzen, damit die Frauengruppe durch einen besonderen Paragraphen des Organisationsstatuts anerkannt würde. Folgender Entwurf dazu wurde von dem erweiterten Vorstand der Seineföderation einstimmig angenommen und fand auch die Zustimmung des letzten Jahreskongresses der französischen Partei: „Die sozialistischen Frauen sind Mitglieder ihrer Parteisektion. Die sozialistischen Frauen bilden eine oder mehrere Agitationsgruppen, deren Aufgabe es ist, für die sozialistische Aktion und Organisation unter den Frauen Mitglieder zu gewinnen. Diese Aktionsgruppen haben ihre eigene Verwaltung und Tätigkeit. Sie können unter sich eine Bezirksföderation bilden.“ Diese offizielle Anerkennung der Frauengruppe wird hoffentlich dazu beitragen, daß die heute noch außer ihr stehenden Genossinnen an ihren Arbeiten tätigeren Anteil nehmen.

Der Gruppe gehören heute ungefähr 150 Genossinnen an, eine Zahl, die, verglichen mit den Tausenden und aber Tausenden organisierter Frauen in anderen Ländern, lächerlich klein erscheint. Aber wer die ungeheuren Schwierigkeiten kennt, die hierzulande bei der Organisierung der Frauen zu überwinden sind, die Vorurteile, mit denen es aufzuräumen gilt, der wird doch hoffen dürfen, daß dieses unscheinbare Häuflein die Kerntuppe einer größeren Armee bilden kann, die Frankreichs würdig wäre.

Nach dem Vorbild der Pariser Organisation hat sich im Laufe des letzten Jahres nur in einer einzigen größeren Stadt eine weitere sozialistische Frauengruppe gebildet: in dem industriellen Lille. Diese Gründung haben einige Genossinnen gegen den Willen der führenden Genossen in der dortigen Parteiorganisation durchgesetzt, damit eine rege sozialistische Agitation unter den Frauen betrieben werden kann. Der anfängliche Widerstand gegen die Frauengruppe ging in der Lille Parteisektion soweit, daß den Genossinnen die Veröffentlichung ihrer Anzeigen im Parteiorgan verweigert wurde. Der Konflikt kam schließlich vor das Zentralkomitee der Nordföderation, und dort wurde den Genossinnen die offizielle Anerkennung ihrer Gruppe zuteil. Ihr Vorstand besteht nur aus drei Mitgliedern, zwei Lehrerinnen und einer Tabakarbeiterin. Die Versammlungen finden am zweiten Sonntag jedes Monats statt und werden in einem Lokal abgehalten, das die Lille Partei zur Verfügung gestellt hat. Aufklärende Vorträge, gemeinsame Lektüre stehen gewöhnlich auf der Tagesordnung, die von der Versammlung selbst bestimmt wird. Auch diese Gruppe hat sich eingehend mit dem neuen Militärgesetz beschäftigt, das die Dienstzeit auf drei Jahre verlängerte, außerdem einem Gegenstand ihre Aufmerksamkeit zugewandt, der immer wieder für die französischen Frauen in den Vordergrund des Interesses tritt. Es ist dies der Paragraph des

bürgerlichen Rechts, des Code Napoléon, der die Nachforschung nach der Vaterschaft bei unehelichen Kindern verbietet. Im November veranstaltete die Gruppe für die weiblichen Parteimitglieder einen Kursus, der zwei Fragen behandelte: Die Erziehung, Gesetzlicher Mutterschutz. Auch die Viller Gruppe hat es sich zur Aufgabe gestellt, ihre Mitglieder zu schulen und für den Kampf in der Öffentlichkeit heranzubilden. Ihr sehnlichster Wunsch ist darauf gerichtet, ein eigenes Frauenorgan zu gründen, um unter den Arbeiterinnen wirksam agitieren zu können. In Lille und Umgebung gehen fast alle proletarischen Frauen in die Fabriken und können infolge der ungeheuren Arbeitsüberlastung nur sehr schwer Versammlungen besuchen. Die Viller Gruppe ist eine entschiedene Gegnerin aller bürgerlichen Frauenorganisationen. Wie sie sich weiter entwickeln wird, hängt von der Ausdauer und Energie der dortigen Genossinnen ab. Das Gebiet, das sie bearbeiten können, ist, wie kaum ein anderes, für die sozialistische Frauenagitation geeignet. Es ist der Sitz einer gewaltigen Textilindustrie, die viele Tausende Arbeiterinnen beschäftigt. Dazu ist es ein alter und fester Sitz der sozialistischen Partei, die hier seit Jahrzehnten die Geister der ausgebeuteten Massen erweckt und revolutioniert hat. Hier finden wir in Frankreich die besten gewerkschaftlichen wie politischen Organisationen. Hier sind auch die Arbeiterinnen ihren Gewerkschaften zahlreicher als sonst irgendwo in Frankreich angeschlossen, und sie haben durch ihre Beteiligung an Streiks wiederholt bewiesen, daß sie klassenbewußte Kämpferinnen sind.

Zum Schlusse sei noch eines sozialistischen Frauenorgans gedacht, das seit mehr als einem Jahr erscheint: „L'Équité“ („Gleiches Recht“). Genossin Marianne Rauze, die der Pariser Frauengruppe angehört, hat durch große persönliche Opfer unter schwierigen Verhältnissen das Erscheinen dieser sozialistischen Monatschrift ermöglicht. Das Blatt ist ganz unabhängig von der Frauengruppe, es verfolgt jedoch ausschließlich dieselben Ziele wie sie. Die Zahl der Abonnenten steigt nur langsam. Wenn es gelänge, zwischen der „Équité“ und der Frauengruppe ein engeres Zusammenarbeiten herzustellen, so hätte das vielleicht für beide Teile Vorteil, vor allem könnte das Blatt dazu beitragen, daß die Ziele der sozialistischen Frauenorganisation allgemeiner bekannt würden.

Eine Rundfrage an die Sekretäre der einzelnen Partisektionen, wieviele Frauen in der Partei organisiert seien, ist ergebnislos geblieben. Nur sehr spärliche Antworten sind eingelaufen. Den meisten französischen Genossen scheint es demnach noch sehr unwichtig zu sein, ob die Frauen der Partei angehören und an ihren Arbeiten und Kämpfen teilnehmen oder nicht. Es ist eine wichtige Aufgabe der Frauen, aus eigener Kraft einen Wandel der Auffassung herbeizuführen, alte hemmende Vorurteile niederzuwerfen und durch Arbeit und Kampf zu erweisen, wie wertvoll und unentbehrlich es ist, daß die Frauen zu Befürworterinnen des Sozialismus erzogen und als solche organisiert werden. Heute gibt es in den Reihen der französischen Sozialdemokratie noch viele, die der Ansicht sind, die Frau habe nur einen Pflichtkreis: den Haushalt, es stehe ihr nicht an, für wirtschaftliche und politische Forderungen zu kämpfen. Wenn erst diese rückständigen Meinungen überwunden sind, wenn die Genossen ihre Pflichten als Sozialisten den Frauen gegenüber erkennen, wird die weibliche Mitgliedschaft der französischen Partei rasch wachsen. Dann wird sich auch zeigen, daß die Werbe- und Organisationsarbeit der kleinen Truppe überzeugter Genossinnen von heute nicht umsonst gewesen ist.

Nirgendwo?

Eine alte Menschheitssehnsucht ist es, die in der siebten Bitte des christlichen „Vaterunser“ gläubig stammelt: „Erlöse uns von dem Übel.“ In verschiedenen religiösen und sozialen Gewändern ist sie durch die Geschichte gegangen, seitdem die Gesellschaft in Klassen geschieden ist. Propheten, Dichter und Religionstifter, Gelehrte und Politiker haben die Sehnsucht

nach Erlösung vom Übel reden lassen, ihr Erfüllung verheißend. Das Übel ist geblieben, das Übel, soweit es unmittelbar oder mittelbar die bittere Frucht der Beziehungen von Mensch zu Mensch ist, die der Herrschaft des Privateigentums untertan sind. Deshalb hat die Sehnsucht nach Erlösung im Laufe der Zeiten immer größere Kreise gezogen und höhere Wellen geworfen. Denn die Herrschaft der „bleichen Götterseele“, wie der große Künstler Richard Wagner sich ausdrückte, hat die Beziehungen von Mensch zu Mensch immer verwickelter und übelreicher gestaltet.

Mit dem Auftreten und dem siegreichen Vormarsch der kapitalistischen Wirtschaft haben weitblickende kühne Geister und heißfühlende Herzen des öfteren großzügige Bilder von idealen Gesellschaftszuständen entworfen, unter denen die alte und doch ewig junge Menschheitssehnsucht erfüllt sein sollte. Aus Träumen und Wünschen bauten sie Reiche, in denen „das Übel“ nicht mehr üppig zu wuchern vermag, weil eine Neuordnung der sozialen Dinge es an der Wurzel getroffen hat. Solches Schaffen ist begreiflich. Der triumphierende Kapitalismus brachte die sozialen Übel als Massenerscheinungen von nie dagewesenem Umfang und erbarmungsloser Härte. Allein noch andere Entwicklungen begleiteten ihn. Die kapitalistische Produktion machte wie keine andere Wirtschaftsweise vor ihr die Naturkräfte den menschlichen Zwecken dienstbar. Sie entfesselte fabelhafte Produktivkräfte und stampfte gleichsam Riesenreichtümer und Wunderwerke aus dem Boden, wie sie vorher nie geahnt worden. Mit alledem ließ der Kapitalismus die hoffnungsfreudige Überzeugung emporsprießen, daß die gesellschaftlichen Dinge wandelbar seien, und daß die schlimmsten sozialen Übel gebannt werden könnten, wenn die Menschen sich nur zu einem „vernünftigeren“ und „gerechteren“ Aufbau der Gesellschaft entschließen wollten.

So war es kein Zufall, daß der geniale englische Kanzler Thomas More am Anfang des sechzehnten Jahrhunderts jenen denkwürdigen Roman schrieb, der mit einer scharfen, eindringenden Kritik der Zeit und der Heimat eine Schilderung der überlegenen Zustände auf der wunderbaren Insel Utopia, Nirgendwo, verband. In den Tagen dieses großen Gelehrten und Staatsmannes war in England zumal das Kaufmannskapital bereits rege am Werke, die alte feudale Wirtschaft und Gesellschaft umzuwandeln. Nach Mores Roman bezeichnete man später als Utopien die Darstellungen erdachter idealer Gesellschaftsformen, die Vorbilder für die nachzuschaffende Wirklichkeit sein sollen. Von anderem abgesehen, was ihre Verwandtschaft untereinander kündigt, ist den sozialen Utopien ein Zug gemeinsam. Der Bau neuer, edlerer Gesellschaftszustände erhebt sich auf der Grundlage einer Umwandlung der Eigentumsverhältnisse. Das Privateigentum und die Privatwirtschaft ist mehr oder minder konsequent und umfassend durch Gemeineigentum und Gemeinwirtschaft abgelöst.

Schöpfungen dieser Art begegnen wir wie Sturmvögeln in der Zeit vor der großen französischen Revolution, und ihr folgen die glänzendsten sozialistischen Utopien, die auf dichterische Einkleidung verzichtet haben und als die Ergebnisse der Wissenschaft gewertet sein wollen. Der innere Zusammenhang ist leicht zu fassen. In der großen französischen Revolution setzte sich der junge Kapitalismus auf politischem Gebiete durch. Das konnte nur geschehen, indem er die Ideen und Einrichtungen umwälzte, daß er ins Wanken brachte oder stürzte, was den Vorderen von ewiger Dauer zu sein schien, und eine dichte Saat von Hoffnungen auf „das Ende aller Not“ in die Salme schießen ließ.

Die Überzeugung der Mühseligen und Beladenen unserer Tage, „es muß sich alles, alles wenden“, wird seit der unsterblichen Leistung von Marx und Engels nicht mehr von der Utopie geführt, sondern von der Wissenschaft des Sozialismus. Diese zwingt die forschenden Blicke in die Tiefe des geschichtlichen Lebens, in die Wirtschaft. Sie zeigt ihnen, daß eine höhere Gesellschaftsordnung nicht von einem genialen Kopfe erkügelnt zu werden braucht, ja daß sie gar nicht er-

flügelt werden kann, wohl aber, daß eine solche höhere Ordnung im Schoße des Kapitalismus selbst heranwächst. Dort sind Kräfte wirksam, die unaufhörlich und unaufhaltbar das Alte umgestalten und durch die Dinge wie die Menschen einen Gesellschaftsbau vorbereiten, der allen Völkern eine wohlliche, lichte Heimstätte sein kann.

Jedoch die Wissenschaft des Sozialismus legt nur die großen, allgemeinen Kräfte, Gesetze und Richtlinien der Entwicklung bloß, die aus den Ruinen vermorsteter Zustände neues, schöneres Leben emporblühen läßt. Über das Einzelne, das Besondere, das sich daraus für die Zukunft ergibt, vermag auch sie nichts anderes zu geben als mehr oder weniger gut begründete und also wahrscheinliche Vermutungen, Hypothesen. Denn vielerlei, Dinge, Erkenntnisse und Willen wirken dabei zusammen — einander fördernd, hemmend, durchkreuzend, aufhebend —, und diese Vielheit mit ihren Einflüssen kann man nicht im voraus nach einem bestimmten Schema überblicken und abtun. So läßt der wissenschaftliche Sozialismus noch breiten Raum für die „Utopie“, für Schilderungen idealer künftiger Gesellschaftszustände. Die Forschung lähmt nicht den Flügelschlag des den Dingen vorauseilenden Geistes, der schöpferischen Phantasie, umgekehrt: sie schafft einen festen Boden, von dem aus höhere, weitere Flügel und klarere Einblicke in das Reich des Kommenden möglich sind.

Ihr Lebensrecht behält die Utopie in der Frage der Menschen: „Was will das werden?“ Diese Frage ist heute immer allgemeiner, immer dringender auf den Lippen. Es wachsen die Volkskreise, deren sich unter den Stößen, inmitten des Feuers und Rauchs der kapitalistischen Entwicklung die Empfindung bemächtigt, auf einem Vulkan zu leben. Sunderterlei Erfahrungen belehren sie darüber, daß Vernunft Unsinn, Wohltat Plage geworden ist. Aus der Unzufriedenheit mit dem, was ist, erhebt sich das Suchen nach dem, was sein soll und sein kann. Was die Gesellschaftswissenschaften darüber in ernster, strenger Sachlichkeit sagen, genügt nicht jedem und genügt nicht in jeder Stimmung. Unruhige, gärende Gemüter wollen neben „der grauen Theorie“ den grünen, goldenen Baum des Lebens wenigstens im Abbild sehen. So treibt der alte Stamm der Erlösungssehnsucht immer aufs neue junge Sprossen sozialistischer Utopien, und verlangend haschen die Hände von Tausenden danach, die auf ihrer rauhen Wanderung eine starke, belebende Hoffnung brauchen. Der wissenschaftliche Sozialismus stellt solche Utopien an ihren rechten Platz. Er kann sie zwar nicht als die Zufallskräfte gelten lassen, die ein fortgeschrittenes Gesellschaftsregime schaffen, wohl aber wertet er sie als Erweckungs- und Erziehungsmittel der Menschen, die bewußt wollend eine sozialistische Ordnung aufrichten müssen.

Wir begrüßen es daher, daß zwei moderne sozialistische Utopien in neuer Auflage erschienen sind: „E i n N i e d e r l a n d v o n N i r g e n d w o“ von E. Bellamy und „K u n d e v o n W i l h e l m L i e b k n e c h t.“ Zwei utopische Romane auf einmal, ist das nicht ein wenig viel? Wird nicht der eine dem anderen Günst und Verbreitung entziehen? Wir glauben das nicht, die beiden Utopien können recht gut nebeneinander bestehen, und die eine wie die andere verdient es, gelesen zu werden, weil jede in ihrer Art zeigt, welche reiche und verschiedene Möglichkeiten praktischer Verwirklichung die sozialistische Ideenwelt in sich begreift.

Als der Nordamerikaner Bellamy den „Rückblick“ begann, der ihm rasch einen Weltruf einbringen sollte, lag ihm nichts ferner als die Absicht, eine sozialistische Utopie zu erdichten. Wie er selbst versichert hat, wollte er nur eine angenehme, unterhaltende Geschichte von allgemeiner Glückseligkeit und Harmonie schreiben. Er erfand die dankbare, wunderfame

Mär von dem jungen reichen Bostoner Julian West, der sich 1887 in seinem unterirdischen Gemach durch den Magnetismus in tiefen Schlaf versenken läßt, in Folge außerordentlicher Zügelungen im Starrkrampf liegen bleibt, ohne daß äußere Einflüsse seinen Körper zerstören, und der durch ebensolche Zügelungen im Jahre 2000 gefunden und zum Leben erweckt wird, um schließlich die Urenkelin seiner einstigen Braut zu heiraten. Der Held des Romans ist in dem Boston zur Ruhe gegangenen, dessen Zustände von der stürmischen Entwicklung des jungen Kapitalismus in den Vereinigten Staaten am Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts geprägt sind. Er erwacht in einer kommunistischen Gesellschaft und lernt nun staunend ihre gewaltige Überlegenheit über die kapitalistische Ordnung kennen, denn die Dinge und Menschen um ihn zwingen auf Schritt und Tritt dazu, das Neue an dem Alten zu messen.

„Je weiter die Arbeit voranschritt, um so mehr wurde ich von meinem Gegenstand ergriffen“, so hat Bellamy später einmal erklärt. Das fühlt man dem Roman an. Der Verfasser war sicherlich noch kein Sozialist, als er Julian West's Geschichte erkann, er entwickelte sich jedoch zum Sozialisten, als er beim Gestalten sich kritisch mit der Wirtschaft, Politik, Erziehung, Moral usw. seiner Zeit auseinandersetzen mußte. Der Roman wurde dadurch zu einem Werk der Selbstverständigung, das in behaglicher Breite in die Dinge einführt. Gerade dieser Zug wird das Buch den Lesern wertvoll machen, die nicht bloß unterhalten, sondern angeregt und belehrt sein wollen. Denn Bellamys Phantasie baut ihren „Zukunftsstaat“ nicht als Kartenhaus auf den glatten Tisch. Die neue Ordnung steht vielmehr auf dem festen Fundament der Produktionsentwicklung, durch die der Kapitalismus den Sozialismus in den Dingen vorbereitet.

Bellamy konnte diese Entwicklung — die gleichzeitig niederreißt und aufbaut — in einem eindrucksvollen Anschauungsunterricht an den Zuständen der Vereinigten Staaten studieren. Soweit er das Walten der sie formenden und treibenden Kräfte schildert und die Richtung, das Ziel des Werdenprozesses, tritt an die Stelle der Utopie die Wirklichkeit, könnte in vielen der Befenner des wissenschaftlichen Sozialismus nicht anders sehen, urteilen, schlußfolgern als der utopistische Romanschriftsteller. In den Utopismus alten Schlags fällt dieser zurück bei der Beantwortung der Frage: Welches ist der menschliche Wille, der erkennend und zielklar vollbringt, was die wirtschaftlichen Dinge ermöglichen und heischen, die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus? Nach Bellamy ist das nicht das Werk der organisierten Arbeiterklasse, sondern einer „Nationalistenpartei“, die sich aus den vernünftig, gerecht und edel Denkenden aller Gesellschaftsschichten zusammensetzt. Auch in dieser schiefen Auffassung steckt jedoch ein Stück widergespiegelte Wirklichkeit. Zur Zeit, da der „Rückblick“ entstand, zeigten sich im Proletariat der Vereinigten Staaten erst die unklaren und zersplitterten Ansätze zur Sammlung und Schulung. Dagegen wurden angesichts der aufkommenden Herrschaft der Trusts und Kartelle, angesichts wahrer Krisen- und Krachepidemien, großer, langdauernder Streiks, blutiger Zusammenstöße zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten sehr viele „Intellektuelle“ von der Ahnung oder auch Erkenntnis ergriffen, daß etwas faul sein müsse im Staate Dänemark, und daß die soziale Organisation verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig sei. Bellamy war nicht genug geschulter wissenschaftlicher Sozialist, um all die Gesichte seiner Zeit und seines Landes richtig zu deuten.

Als überzeugter Sozialist hat der englische Dichter William Morris seine „Runde von Nirgendwo“ erfunden. Nach einer lebhaften Diskussion im Klub über den „Zukunftsstaat“ entschlummert er über Vorstellungen, die der Wunsch geboren: „Wenn ich nur einen Tag der neuen Zeit erleben könnte, nur einen einzigen Tag.“ Seine Seele aber schläft nicht, und sie erlebt die Antwort auf die sehnsuchtsvolle Frage nach dem Land:

* Beide Romane — für Arbeiterbibliotheken und als Weihnachtsgeschenke geeignet — sind im Verlag von J. S. W. Dieck Nachf., Stuttgart, erschienen; jedes der sauber gedruckten Büchlein kostet gebunden 1 Mark.

„so wunderschön,
wo meine Toten auferstehn,
wo meine Träume wandelnd gehn.
Das Land, das meine Sprache spricht.“

Ein Traum führt den Dichter in „eine voll entwickelte sozialistische Gesellschaft, wie er sich diese vorstellte“. Morris ist der „Gast“ des neuen Geschlechts, das unter den Segnungen einer kommunistischen Ordnung erblüht und wirkt, an Körper und Geist eine Bestätigung des prophetischen Ausspruchs von Richard Wagner: „Das Ziel der geschichtlichen Entwicklung ist der starke Mensch, ist der schöne Mensch. Die Revolution gebe ihm die Stärke, die Kunst die Schönheit.“ Er befreundet sich mit Männern und Frauen, die in ihrer Güte, Anmut und Klugheit wie ein vollendetes Meisterwerk der Natur erscheinen, durch die sie den „Gast“ geleiten. Und wie hat der Sozialismus die Natur selbst gleichsam neu erschaffen! Sind diese lachenden Gefilde der Seligen, die der Dichter zu Wagen durchfährt, an denen vorüber er im Boot die Themse aufwärts gleitet, sind sie wirklich einst die häßlichen, rußgeschwärzten und tränenüberströmten Steinhäuser Londons gewesen? Sind es die nämlichen Wiesen, Felder und Wälder, deren Liebreiz durch armselige Hütten und verkümmerte, zu Boden gedrückte Menschen verdunkelt wurde?

In einer Reihe flüchtig umrissener, farbenfroher Bilder zeigt der Dichter das Leben und Weben in der sozialistischen Gesellschaft, ein Leben und Weben, das auf der Grundlage des Gemeineigentums die Arbeit zum Mittelpunkt hat, als den selbstverständlichen, natürlichen Ausdruck vollkommenen harmonischen Menschentums. Wer mit dem „Gast“ der Kommunisten in der anheimelnden Herberge ausruhte, mit ihm im Schatten dichtbelaubter Bäume zum Großvater Hammond fuhr oder sich von Dick durch die liebliche Themselandschaft zur Heuernte rudern ließ, der wird die schmerzliche Resignation nachempfinden, mit der Morris schließlich in der alten kapitalistischen Gesellschaft wieder aufwacht.

William Morris war kämpfender Sozialist, sein „Nirgendwo“ entsteht aus einem großen gesellschaftlichen Umschwung, dessen wichtigste treibende Kraft das Proletariat ist. Trotzdem wird der wissenschaftliche Sozialismus hinter gar manche Einzelheit in dieser Utopie Fragezeichen setzen. Es scheint, daß in „Nirgendwo“ die Menschen auf die Verwendung von Maschinen ganz oder doch so weit verzichtet haben, daß ihnen nicht mehr eine ausschlaggebende Bedeutung innewohnt. Wir hören nur von Handarbeit, die — von dem Druck des Profitmachens und Verdienenmüssens befreit — in Ruhe, aus Neigung und in Freude vollbracht, allen ihren Erzeugnissen, ihrem ganzen Um und Auf ein künstlerisches Gepräge verleiht.

Mit dieser Auffassung hat Morris, der angesehene Dichter, Kunstgelehrte und Kunstgewerbler, das Wort, eine durch und durch künstlerisch gerichtete Persönlichkeit, die die kapitalistisch beherrschte Maschinenarbeit nicht gerecht zu würdigen vermochte. Der Verfasser sah nur die Tendenzen der Maschinenarbeit — richtiger des Kapitalismus — die Eigenart und Schönheit des Schaffens bedrohen und vernichten, indem sie die produktive Arbeit in winzige, mechanisch verrichtete Teilfunktionen zerlegen und damit Schöpfertrieb und Schöpferfreude verkümmern lassen. Das Entsetzen über die Häßlichkeit der Massenerzeugnisse strupelloser Profitgier machte ihn blind für die befreienden Tendenzen der Maschinenarbeit, für die Möglichkeiten neuer eigener Schönheitswerte, die sie in sich trägt, über denen sie die Wege bahnt. Die Rückkehr zur Handarbeit deutete ihm ein Schritt der Rückkehr zur Natur und damit ein Schritt vorwärts zur Wiedergeburt der Kunst.

Morris haßte mit dieser Wertung im Ideenzirkel seines Freundes Burne-Jones und anderer Maler der sogenannten präraffaelitischen Schule, im Ideenzirkel Ruskins des kenntnisreichen, eigene Wege wandelnden Kunstgelehrten und Sozialreformers. In der „Kunde von Nirgendwo“ wird sie mehr als einmal unseren Widerspruch, unsere Kritik reizen. Jedoch fällt in dem Roman auch helles Licht auf den fruchtbaren Kern,

der unter mancher Ver Schrobenheit und Einseitigkeit liegt. Das ist das starke Bewußtsein von der Einheit aller menschlicher Arbeit, der Kopf- und der Handarbeit, dem „praktisch alltäglichen“, wie dem wissenschaftlichen und künstlerischen Schaffen; das ist die klare Erkenntnis, daß die Arbeit schlechthin das vollkommenste Mittel ist, Leib und Seele des Menschen zu bilden, das vollkommenste Mittel, alle seine Gaben und Kräfte schöpferisch wirksam werden zu lassen.

Der „Rückblick“ und die „Kunde von Nirgendwo“ haben schon ihre Zeit großer Beliebtheit bei der Vorhut der erwachenden deutschen Proletarier gehabt. Das war bald nach dem Erscheinen der beiden utopischen Romane, in den ersten Jahren nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Zum Greifen nahe sahen damals viele das sozialistische Endziel vor sich, und mit Feuereifer wurde alles gelesen und diskutiert, was Aufschluß über das große geahnte geschichtliche Morgen versprach. Dem ganzen Kapitalismus stellte man damals den ganzen Sozialismus entgegen, als Erlöser der Menschheit vom Abel. Wir sind überzeugt, daß im Gefolge des gegenwärtigen Krieges solche Zeiten sich früher oder später erneuern werden.

Die Gewerkschaften im Jahre 1913.

Anfang dieses Jahres konnte nach summarischen Berichten ein oberflächlicher Blick über die Entwicklung der freien Gewerkschaften gegeben werden. Er ließ ein sehr starkes Nachlassen der Mitgliederzunahme befürchten. Erfreulich genug zeigt die Statistik der Generalkommission doch ein günstigeres Bild. Allerdings nicht, was die Wirtschaftslage anbelangt. Sie war schon 1912 eine sehr flau gewesen und verschlechterte sich im Berichtsjahr noch recht erheblich weiter. Die Arbeitsnachweisestatistik gibt darüber den besten Aufschluß. Danach muß 1913 neben die starken Krisenjahre 1908, 1909 und 1910 gestellt werden. Auf je 100 offene Stellen hatten sich Arbeitsuchende gemeldet:

1908	1909	1910	1911	1912	1913
156,3	168,4	153,3	140,1	140,9	158,4

In den Jahren 1904 bis 1907 waren nur 106,0 bis 121,9 Arbeitsuchende zu verzeichnen gewesen. Da die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten jederzeit ein Barometer der jeweiligen Geschäftslage gewesen ist, so war für 1913 mit einem beträchtlichen Sinken des Mitgliederstandes zu rechnen. Was ergibt nun der Jahresdurchschnitt, wie er aus der Zusammenfassung aller Quartale gewonnen wird und der nicht mit der effektiven Mitgliederzahl am Jahreschluß verwechselt werden darf? Daß 1913 trotz der wirtschaftlichen Ungunst 2 548 763 Mitglieder 2 530 390 im Jahre 1912 gegenüberstanden. Diese Ziffer beweist, daß unsere Gewerkschaftsverbände die schwere Belastungsprobe der Krisenzeit gut bestanden haben. Zwar war am Jahreschluß 1913 ein Mitgliederrückgang von 60 822 oder von 2,39 Prozent im Vergleich mit 1912 zu buchen. Allein er will nicht viel besagen, wenn man die Gesamtsumme harter Umstände berücksichtigt, unter denen sich unsere Gewerkschaften behaupten mußten. Einer Zunahme der Mitglieder um rund 91 000 im ersten Quartal und 42 000 im zweiten Quartal steht eine Abnahme von 25 000 im dritten Quartal und 60 000 im vierten Quartal gegenüber. Schon auf dem Münchener Gewerkschaftskongreß wurde darauf hingewiesen, daß der besonders starke Mitgliederverlust im vierten Quartal sich zum guten Teil als Folge der neuen Militärvorlage erklärt, die die vermehrte Einziehung junger Proletarier zum Heere bewirkte. Für diese Annahme scheint es auch zu sprechen, daß die weiblichen Mitglieder nur mit 808 gleich 0,36 Prozent an dem Mitgliederabgang im vierten Quartal beteiligt sind. Überhaupt ist die Zahl der weiblichen Mitglieder

im Jahresdurchschnitt beträchtlich höher gestiegen als die der männlichen. 1913 umschlossen die Zentralverbände 223 676 organisierte Arbeiterinnen gegen 216 462 im Jahre 1912. Es ist das ein Zuwachs von 7214 oder 3,33 Prozent, während die Zunahme der männlichen Mitglieder nur 0,48 Prozent betrug. Gewiß muß man bei diesen Ergebnissen im Auge behalten, daß die organisierten Arbeiterinnen von der gesamten Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften nur 8,8 Prozent ausmachen. Nichtsdestoweniger bleibt es bemerkenswert, daß ihr Prozentsatz ständig, wenn auch mäßig in allen Jahren gestiegen ist. Sogar während des Krisenjahres 1908 haben die weiblichen Mitglieder um 1514 zugenommen, während die Gesamtzahl der Organisierten um 33 775 zurückgegangen ist.

Von 47 der Generalkommission angeschlossenen Verbänden hatten im Berichtsjahre 29 weibliche Mitglieder. In zwei davon überwiegt die Zahl der organisierten Arbeiterinnen bereits die der Männer. Es betrug der Anteil der weiblichen Organisierten an dem gesamten Mitgliederstand bei den Verbänden der Handlungsgehilfen 54,7, Buchdruckerhilfsarbeiter 54,2, Buchbinder 49,7, Hutmacher 49,1, Tabatarbeiter 48,7, Textilarbeiter 38,8, Kürschner 31,5, Porzellanarbeiter 20,8, Schuhmacher 19,9, Schneider 19,4, Bäcker und Konditoren 15,4, Fabrikarbeiter 12,5, Leberarbeiter und Handschuhmacher 11,7 und so fort bis zu kleineren Prozentziffern.

Die Finanzlage der Zentralverbände hat unter der wirtschaftlichen Ungunst des Jahres 1913 gelitten. Die Einnahmen blieben jedoch davon unberührt, nur die Ausgaben stiegen gewaltig. Die Gesamteinnahmen betrugen rund 82 Millionen Mark gegen 80 1/2 Millionen im Jahre 1912. Die Verbände vereinnahmten zusammen rund 118 000 Mark weniger an Eintrittsgeldern als im Vorjahre, ein Beweis dafür, daß die Werbekraft infolge der Krise etwas geschwächt war. Die Einnahmen aus Beiträgen dagegen stiegen um über 2 Millionen Mark, die gewerkschaftlichen Organisationen haben also ein festes finanzielles Rückgrat. Die Ausgaben sind von rund 61 Millionen Mark im Jahre 1912 auf beinahe 75 Millionen Mark im Berichtsjahre in die Höhe gegangen. Noch nie ist eine gleich starke Steigerung der Ausgaben zu verzeichnen gewesen. Über 3 858 000 Mark mehr wurden für die Führung wirtschaftlicher Kämpfe ausgegeben. Von 47 793 000 Mark, die für Unterstützungszwecke aufgewendet wurden, kamen 16 604 000 Mark auf Streikende, Ausgesperrte, Gemahregelte. Die Ausgaben für Arbeitslose betrugen 3 1/2 Millionen Mark mehr als im Vorjahr, für Kranke stellte sich das Plus auf 2 Millionen Mark. Besonders die Arbeitslosenunterstützung erforderte große Opfer, 42 Verbände mit 2 091 439 Mitgliedern gewährten sie.

Das Bild vom gewerkschaftlichen Leben der gegnerischen Organisationen ist um vieles dunkler. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erreichten nach vier Jahrzehnten 1910 mit 122 571 Mitgliedern den Höhepunkt ihrer Entwicklung. Seitdem ist es mit ihnen unauffällig bergab gegangen. 1913 hatten sie nur noch 106 618 Mitglieder, binnen einem Jahre waren diese um 2,39 Prozent zurückgegangen. Diese Zahl wird übrigens von christlicher Seite wohl mit gutem Rechte sehr angezweifelt. Mit 2 866 000 Mark Gesamteinnahme muß der Wirkungskreis der Hirsch-Dunderschen Organisationen auch ein recht kleiner sein, verglichen mit dem Tätigkeitsfeld unserer Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften hatten bei einer Mitgliederzahl von 342 785 ebenfalls eine Einbuße zu verzeichnen, und zwar von 2,62 Prozent am Jahresabschluß. Eine Bedeutung bei wirtschaftlichen Kämpfen kommt ihnen nur in den Domänen des Zentrums zu. Meist wirken sie nur recht widerwillig mit, wenn es sich um Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital handelt, und es kommt ihnen dabei nicht selten vor allem darauf an, den freien Gewerkschaften Schwierigkeiten zu bereiten. Aus der Statistik der Generalkommission ist nur wenig zu ersehen über die Entwicklung der übrigen gegnerischen Gewerkschaften — der syndikalistischen und gelben. Ihr kümmerliches Leben ist auch ohnedem bekannt.

Die freien Gewerkschaften haben in der kurzen Frist von 23 Jahren Bedeutames geleistet, um die Lebenslage, aber auch um die Kultur der deutschen Arbeiterklasse zu heben. Für wirtschaftliche Bewegungen sind in diesem Zeitraum 138 Millionen Mark verwendet worden, für humanitäre Unterstützungszwecke nicht minder ansehnliche Summen. Die Grundlage davon war ein Stück gewaltiger Organisationsarbeit, das jetzt der Kriegsstrom zu zerstören drohte. Die durchlebten letzten zwei Monate lassen uns jedoch hoffen, daß die starken Quadern gewerkschaftlicher Organisation in Deutschland nicht fortgespült werden können. Die Reihen unserer gewerkschaftlichen Kämpfer können gelichtet, nicht aber völlig auseinandergerissen werden. Mit Stolz dürfen wir hervorheben, daß unsere Frauen in den Gewerkschaften vielfach in die entstandenen Lücken eintreten, die Kaffengeschäfte und andere Ver-

waltungsarbeiten übernommen haben. Das Bewußtsein vom Werte der gewerkschaftlichen Organisation ist zu tief in den Massen des deutschen Proletariats verankert, als daß ein Zusammenbruch unserer Verbände zu befürchten wäre. Hoffen wir, daß sie diese schwerste aller schweren Zeiten ohne allzu großen Schaden überstehen, damit sie ihre alte Tätigkeit — die jetzt leider in der Hauptsache unterbunden ist — mit neuer Tatkraft wieder aufnehmen können.

Genossenschaftliche Rundschau.

In der gegenwärtigen Kriegszeit haben gutfundierte und leistungsfähige Konsumvereine reichlich Gelegenheit, ihre soziale Nützlichkeit in besonderem Maße zu erweisen. Wohl in den meisten Fällen hat sich gezeigt, daß die Preise für die wichtigsten Nahrungs- und Genussmittel in den Läden der Konsumvereine niedriger, oft wesentlich niedriger sind als in Privatgeschäften. Letztere nützen durchweg die vorübergehende oder anhaltende Knappheit der Waren zu einer argen Preistreiberei aus. Ein Konsumverein darf solche Geschäftsbräuche nicht üben. Und wären die Mitglieder von vornherein ruhiger geblieben und hätten nicht kopflos eingekauft, dann wären manche Waren zu gewöhnlichen Friedenspreisen bis Ende des Jahres zu haben gewesen. Denn bis dahin hatten sich die Konsumvereine soweit möglich wie gewöhnlich mit den in Betracht kommenden Waren versorgt. Um den daraus entspringenden Vorteil wurden viele Mitglieder durch die stürmischen Einkäufe gebracht. Denn dadurch gingen die Waren vorzeitig aus und mußten zu höheren Einkaufspreisen von neuem beschafft werden. Die Masse der weniger zahlungsfähigen Mitglieder hat den Schaden davon. Aber nicht nur in der vorteilhaften Warenversorgung leisten die Konsumvereine jetzt gutes, sie tun auch in anderer Beziehung ihre Pflicht. So haben sie überall das allgemeine Unterstützungsnetz durch Gewährung oft recht hoher Beiträge gefördert. Sie unterstützen auch die Familien ihrer im Felde stehenden Angehörigen durch nennenswerte regelmäßige Beiträge. Viele Vereine haben zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder weitgehendere Vorkehrungen als sonst getroffen. Diese Unterstützung erfolgt in Naturalien, meist Brot. Man ist auch bestrebt, Entlassung von Personal möglichst zu vermeiden. In erfreulicher Weise arbeiten Geschäftsleitungen und Personal Hand in Hand. Letzteres geht zeitweise mit Verzicht auf den entsprechenden Lohn aus, die voll Beschäftigten aber geben namhafte Beträge von ihren Löhnen und Gehältern ab, die Verwendung bei der Unterstützung der Familien und der Arbeitslosen finden.

Es gibt freilich auch Vereine, die den plötzlich hereingebrochenen ungünstigen Verhältnissen weniger gewachsen waren. Das sind die Vereine, die bisher nicht genügend auf eine starke finanzielle Rückendeckung bedacht waren; denen es vielmehr darum zu tun war, hohe Rückvergütung herauszuwirtschaften und hinauszuzahlen, statt durch entsprechende Abschreibungen und Stärkung der Reserve das Unternehmen auf eine sichere Grundlage zu stellen. Dieses Gebaren rächt sich jetzt. Und es macht sicher keinen guten Eindruck, wenn solche Genossenschaften nun plötzlich einschneidende Maßnahmen vornehmen müssen, um das nötige Gleichgewicht herzustellen und den Mangel an Voraussicht zu verdecken. Daß man sich genötigt sieht, Rückvergütung nicht in bar, sondern in Warengutscheinen zu gewähren, ist unbedenklich, macht aber doch schon manche Mitglieder mißtrauisch. Wenn aber die bisher übliche Verzinsung der Geschäftsanteile plötzlich ganz aufgehoben und die Sterbeunterstützung auf ein Minimum herabgesetzt wird, so sind das Erscheinungen, die zu denken geben. Jedenfalls ist es besser, wenn ein Verein das nicht nötig hat. In bürgerlichen Kreisen wird jetzt der Krieg vielfach als ein großer Erzieher gepriesen. In diesem Falle möchte man wirklich wünschen, daß das zutrifft. Die Geschäftsleitungen, die es angeht, werden jedenfalls aus den Kriegsverhältnissen die Lehre ziehen müssen, daß sich auch die Konsumvereine wirtschaftlich auf außergewöhnliche Zeiten unter allen Umständen einzurichten haben. Man braucht nur an starke Wirtschaftskrisen zu denken, die ja nicht so selten sind wie ein Weltkrieg.

In Belgien bestanden vor Ausbruch des Krieges 301 Konsumvereine. Sie bilden die stärkste Gruppe unter den belgischen Genossenschaften. Der Gesamtumsatz 1908 (so weit reicht die Statistik) betrug für 373 Vereine, die ihre Umsatzzahlen angaben, 38,3 Millionen Franken. Bei über 300 Vereinen blieb der Jahresumsatz unter 250 000 Franken. Mehr als eine Million Franken erzielten nur zwölf Vereine. Aber eigene Betriebe haben 291 Genossenschaften betrieben. Von ihnen betrieben 132 eine Bäckerei, davon sind 46 lediglich Brotkonsumvereine. In größerem Umfang wird auch Bierbrauerei betrieben, von 41 Vereinen. Schlächtereien haben 15 Vereine, jedoch nirgends mit befriedigendem Erfolg. Auffallend groß ist die

Zahl der Vereine, die Tuchwaren führten, nämlich 236, während 270 Genossenschaften Spezereiwaren verkauften. Die Gesamtmitgliederzahl, soweit sie festgestellt werden konnte, betrug 205 000. Sehr zahlreich sind die kleinen Vereine, welche unter 500 Mitglieder haben, zu ihnen gehören mehr als zwei Drittel. Nur elf Vereine zählen mehr als 3000 Mitglieder. Die größten Vereine weisen 25 000 und 16 000 Mitglieder auf. Genossenschaftsapotheken, die in der Hauptsache von Krankenkassen gebildet werden, bestehen 17 mit einem Umsatz von 11 Millionen Franken. Arbeiterproduktivgenossenschaften bestehen 23 mit 2300 Mitgliedern und rund 2 Millionen Franken Umsatz. Eine eigentümliche Bildung sind die Hafnarbeitergenossenschaften, „Nations“ genannt, die teilweise bis ins dreizehnte Jahrhundert zurückreichen; 27 von 29 bestehenden haben ihren Sitz in Antwerpen.

H. F.

Notizenteil.

Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Arbeitslosigkeit im Monat September und gewerkschaftliche Hilfe im 3. Quartal 1914. Im Laufe des zweiten Kriegsmontats hat sich für manche Gruppen der weiblichen Erwerbstätigen die Lage auf dem Arbeitsmarkt etwas gebessert. Es konnten in einigen wichtigen Gewerben die im Monat August durchgeführten Betriebs-schließungen oder Betriebseinschränkungen zum Teil wieder aufgehoben werden. Aber trotzdem ist die Zahl der weiblichen Arbeitslosen noch außerordentlich hoch und übertrifft noch um ein bedeutendes die bisher bekannten Höchstzahlen von den letzten wirtschaftlichen Krisen. Die Schaffung von dauernder und lohnender Arbeitsgelegenheit auch für die weiblichen Erwerbstätigen sollte deshalb eine dringende Aufgabe unserer Regierungen, Stadtverwaltungen und Arbeitgeber sein. Daß auf diesem Gebiete noch mehr geschehen muß und kann, geht am deutlichsten aus den Angaben über die Zahl der Beschäftigten hervor. Von 386 Unternehmungen, die hierüber im Berichtsmonat und dem gleichen Monat des Vorjahres Angaben gemacht haben, wurden insgesamt nur 324 070 Arbeitskräfte beider Geschlechter beschäftigt. Das sind allein bei der kleinen Zahl berichtender Betriebe 103 654 weniger als im vorjährigen September. Die Zahl der verwendeten Arbeiterinnen war um 5284 gefallen, und zwar am stärksten im Bekleidungs-gewerbe und in der elektrischen Industrie.

Der Andrang weiblicher Verdienstsüchender zu den Arbeitsnachweisen war im September ganz riesig. Nach der Statistik von 782 Arbeitsnachweisen — 231 hatten nicht rechtzeitig berichtet — wurden im September 1914 für weibliche Erwerbstätige insgesamt 101 408 offene Stellen gemeldet, denen 185 759 Arbeitsgesuche gegenüberstanden. Unter diesen befanden sich noch rund 48 000, die vom Vormonat übernommen worden waren. Von den gemeldeten offenen Stellen konnten aber im Laufe des Monats nur 73 649 besetzt werden, es blieben demnach wieder im Monat September 112 110 Arbeitsgesuche von Frauen und Mädchen unberücksichtigt. Vergleicht man das Ergebnis mit dem des gleichen Monats im Vorjahr, so ergibt sich eine Zunahme der Arbeitsgesuche um rund 81 000 bei einer Abnahme der offenen Stellen um rund 5000. Auf 100 offene Stellen kamen im Berichtsmonat 184 weibliche Arbeits-süchende, während die entsprechenden Zahlen im Vormonat 202 und im vorjährigen September 99 betragen haben. Nach Landes-gebieten geordnet wurde das ungünstigste Verhältnis wieder im Königreich Sachsen ermittelt, dort kamen 618 weibliche Arbeit-süchende auf 100 offene Stellen. Erst in weitem Abstand folgen Bayern mit einer Verhältniszahl von 265, die thüringischen Staaten, die Provinz Sachsen, Elsaß-Lothringen und die freien Städte Lübeck, Bremen und Hamburg. Bemerkenswert ist auch in diesem Monat in den Gruppen „Gast- und Schankwirtschaft“ und „Sonstige Lohnarbeit und häusliche Dienste“ ein großes Überangebot von weiblichen Arbeitskräften zu verzeichnen war.

Wie stark die gewerblichen Arbeiterinnen in den einzelnen In-dustrien und Gewerben durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen werden, ersieht man am deutlichsten aus den gewerkschaftlichen Arbeitslosenzählungen. Diese liegen für den Monat September 1914 von 30 Organisationen vor, die zusammen 172 361 weibliche Mitglieder umfassen gegen 217 855 im September 1913. An den Zählungen haben sich 9 Organisationen mit weiblichen Mitgliedern nicht beteiligt, darunter die Verbände der Buchdruckereihilfsarbeiter und der christlichen Textilarbeiter, die gerade viele Arbeiterinnen umschließen, so daß ihre Angaben besonders wichtig gewesen wären. In den berichtenden Verbänden waren am 26. September insgesamt 40 310 Arbeiterinnen beschäftigungslos, das sind 23,4 vom Hundert der erfahrenen weiblichen Mitglieder, während auf je 100 männliche Mitglieder nur 15,2 Arbeitslose entfallen. Gegen den

Vormonat, wo 51 135 weibliche Arbeitslose gleich 32,4 Prozent ermittelt wurden, ist das zwar eine Abnahme um 10 825, jedoch gegen den gleichen Monat des Vorjahres hat die Zahl der be-schäftigungslosen weiblichen Mitglieder um 35 087 zugenommen. In allen Organisationen, mit Ausnahme des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes und zwei christlichen Verbänden sind die Arbeitslosenzahlen im Vergleich mit dem Vormonat zurückge-gangen. Eine höhere Verhältniszahl weiblicher Arbeitsloser als im Durchschnitt weisen 15 Verbände auf. Es sind dies der Reihe nach geordnet die Verbände der Glasarbeiter mit 69,8, der Hut-macher mit 66,1, der christlichen Metallarbeiter mit 56,8, der Sattler und Portefeuller mit 50,1, der Porzellanarbeiter mit 49,1, der christlichen Holzarbeiter mit 46,0, der freien Holzarbeiter mit 41,0, der Maschinenbauer (Hirsch-Dunder) mit 34,9, der Buch-binder mit 34,2, der Metallarbeiter mit 33,7, der graphischen Ge-werbe (christlich) mit 30,9, der Schneider (Hirsch-Dunder) mit 28,8, der Lederarbeiter mit 25,2, der Keramarbeiter (Hirsch-Dunder) mit 25,0 und der Schuhmacher mit 24,4 Prozent. Unter dem Durchschnitt blieben 12 Verbände, von denen wieder nur 6 einen geringeren Prozentsatz arbeitsloser weiblicher Mitglieder als 10 verzeichnen. 8 kleine Organisationen mit nur wenigen weiblichen Mitgliedern hatten im September keine Arbeitslosen. Wie schon im Vormonat, so waren auch im September der Textilarbeiter- und der Transportarbeiterverband die einzigen Organisationen, wo mehr männliche als weibliche Mitglieder arbeitslos waren.

Den Umfang der Arbeitslosigkeit bei den weiblichen Mitgliedern der Gewerkschaften erkennt man erst dann klar, wenn man die Zahlen über die Arbeitslosigkeit vom dritten Quartal 1914 mit denen des dritten Quartals 1913 vergleicht. Da erst tritt recht deut-lich die tiefeinschneidende Wirkung des Krieges in Erscheinung. In den Organisationen wurden gezählt:

	Im 3. Quartal 1914	1913	— Abnahme + Zunahme
Weibliche Mitglieder . . .	172 361	217 855	— 45 494
Fälle von Arbeitslosigkeit .	70 865	14 767	+ 56 098
Arbeitslose am Schlusse des Quartals	40 310	5 223	+ 35 087
Unterstützte weibl. Arbeitslose	56 177	7 716	+ 48 461
Unterstützte Tage	1 362 861	133 275	+ 1 229 586
Unterstützungssumme in Mf.	775 120	121 596	+ 653 524

Der Mitgliederabnahme steht ein gewaltiges Anschwellen der Arbeitslosenzahlen gegenüber. Nicht weniger als 70 865 Fälle von Arbeitslosigkeit wurden im dritten Quartal bei den weiblichen Mitgliedern ermittelt, das sind 56 098 mehr als im Vergleichs-quartal 1913. Auf 100 weibliche Mitglieder kamen im Berichts-quartal 41,1 Fälle von Arbeitslosigkeit gegen 6,9 im dritten Quartal 1913. In demselben Maße sind auch die Ausgaben für die organi-sierten weiblichen Arbeitslosen gestiegen. Es erhielten im dritten Quartal 1914 56 177 weibliche Arbeitslose für 1 362 861 Tage 775 120 Mf. Das sind mehr als im dritten Quartal 1913: 48 461 unterstützte Personen, 1 229 586 Unterstützungstage und 653 524 Mf.

Diese Ziffern steigen ganz gewaltig, wenn die Zahlen der männ-lichen arbeitslosen Mitglieder hinzugerechnet und denen normaler Zeiten gegenübergestellt werden. Danach vermehrten sich in 39 Or-ganisationen für beide Geschlechter die Arbeitslosigkeitsfälle von 140 605 im dritten Quartal 1912 auf 523 683 im dritten Quartal 1914, also um 383 078. Die Zahl der Arbeitslosen am Schlusse des Quartals war um 189 078 gestiegen, sie betrug 216 603. Wohl am meisten haben die Arbeitslosigkeitsstage zugenommen. Sie stiegen von 1 841 042 auf 12 395 164 oder um 10 554 122. In den berichte-ten Organisationen wurden im dritten Quartal 1914 an 392 423 Personen für 8 763 733 Tage 9 657 288 Mf. Unterstützung aus-gezahlt. Das ist verglichen mit dem dritten Quartal 1912 eine Zu-nahme von 324 181 unterstützten Personen, 7 672 059 Unterstützungs-tagen und eine Mehrausgabe von 8 019 680 Mf. Gewiß eine statt-liche Summe, die unserer Reichsregierung nicht genug zum Nach-denken empfohlen werden kann. Sie redet von großen Opfern zu uns, die sich die Mitglieder unserer Gewerkschaften ungeachtet der teuren Zeiten freiwillig auferlegen, damit ihre Genossen und Ge-nossinnen auf längere Zeit vor der bittersten Not geschützt sind. Trotz diesem beispiellosen Opfermut bringen es einige Gemeinden fertig, den organisierten Arbeitslosen die erhaltene Gewerkschafts-unterstützung ganz oder teilweise von den Trägern der kommunalen Fürsorge abzuziehen. Solche kleinliche Maßregeln können nicht scharf genug verurteilt werden. Die Gemeinden zahlen keinen Pfennig zum Verbandsbeitrag, folglich haben sie auch nicht das Recht, etwas zu kürzen. Allen Arbeitslosen, gleichviel ob organi-siert oder nicht, gehört die gleiche Unterstützung aus öffentlichen Mitteln.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die Ausweisung unserer russischen Genossin Kollontay aus Schweden ist eine Tat, mit der die Regierung dieses Landes wahrlich keinen Staat machen kann. Genossin Kollontay lebte seit ungefähr zwei Monaten in Stockholm und wirkte dort — soweit es die Verhältnisse gestatteten — energisch für die Bewahrung des Friedens. Sie schrieb Artikel für die schwedische Presse, darunter auch einen für das antimilitaristische Organ der „jungsozialistischen“ Bewegung. Genossin Kollontay sprach des weiteren in einer Frauenversammlung zu Stockholm über „Der Krieg und die Proletarierinnen“. Ihr Name war dabei nicht genannt worden. Kurze Zeit nach der Versammlung wurde Alexandra Kollontay verhaftet, einige Tage im Gefängnis gehalten, ausgewiesen und dann nach Kopenhagen abgeschoben. Nur ihr Protest hat verhindert, daß sie als Rusin an die finnische Grenze gebracht, also an die Schergen des Zarismus ausgeliefert wurde. Die schwedische Regierung hat ihr Vorgehen mit dem Hinweis auf den Artikel im jungsozialistischen Blatt begründet, obgleich sie anerkennen muß, daß er nichts Strafbares enthält. Ihrer Meinung nach darf sie es nicht dulden, daß Ausländer gegen das Rüstten agitieren.

Die Konferenz der deutschen Sozialistinnen von New York vom 11. Oktober trat unter lebhaftem Beifall der Regierung bei, die deutschen sozialistischen Frauen mit der „Women's Trades Union League of Amerika“ (Liga der Frauengewerkschaften Amerikas) in engere Fühlung zu bringen. Die „Liga“ betreibt die Agitation unter den Arbeiterinnen eifrig und erfolgreich. Trotz ihrer politischen Neutralität verfolgt sie die sozialistische Arbeiterinnenbewegung in den Vereinigten Staaten und in Europa mit dem lebhaftesten Interesse und der größten Sympathie. Sie hat es trefflich verstanden, nicht nur die englisch sprechenden Arbeiterinnen gewerkschaftlich zu organisieren, sondern auch fremdsprachige Proletarierinnen zusammenzuschließen, ihnen in ihren Kämpfen tatkräftig zur Seite zu stehen und ihr Verständnis für wirtschaftliche Fragen zu entwickeln, die ihnen in der neuen Heimat entgegengetreten. So ist ihr Wirken nicht hoch genug zu schätzen.

Sowohl unter den italienischen wie unter den jüdischen Fabrikarbeiterinnen haben die Bemühungen der „Liga“ gute Früchte getragen. Anders steht es um die Organisierung der deutschen Proletarierinnen in den Vereinigten Staaten. Deutsche Fabrikarbeiterinnen sind hier nur in kleiner Anzahl vorhanden. Die deutschen Proletarierinnen sind entweder Hausfrauen, oder soweit sie einem Verdienst nachgehen, schaffen sie überwiegend als häusliche Arbeiterinnen, Dienstmädchen, Wasch- und Scheuerfrauen. All das sind Berufe, die sie isolieren, die sie nicht mit den unter gleichen Bedingungen arbeitenden Frauen und Mädchen zusammenführen und darum auch kein richtiges Solidaritätsgefühl in ihnen entwickeln. Das ist eine der größten Schwierigkeiten, die sich der Agitation unter den deutschen Frauen und Mädchen entgegenstellen. Die Agitation der Women's Trade Union League aber ist ganz und gar auf die Bedürfnisse der Fabrikarbeiterinnen, allenfalls auch auf die der Heimarbeiterinnen zugeschnitten. Es ist fraglich, ob es sehr bald gelingen wird, was dringend wünschenswert wäre: die deutschen Arbeiterinnen in großer Zahl gewerkschaftlich zu organisieren und der Liga einzugliedern.

Für den 7. und 8. November war nach Philadelphia eine Sitzung des Verwaltungsrats der „Liga“ einberufen. Die Beratung fällt mit dem Kongress des großen amerikanischen Gewerkschaftsbundes zusammen, der „Federation of Labor“. Es soll dadurch das Zusammenwirken der „Liga“ mit den allgemeinen Gewerkschaftsorganisationen gefördert und diesen ihrerseits die Dringlichkeit klar gemacht werden, sich der besonderen Bedürfnisse der Arbeiterinnen anzunehmen. Das Verständnis der amerikanischen Gewerkschaften für diese Pflicht wächst mehr und mehr. Auf dem jetzigen Arbeitsprogramm der „Liga“ steht der Kampf gegen die Kinderarbeit und die Hungerlöhne für Frauen an erster Stelle. In ihrem Organ „Life and Labor“ (Leben und Arbeit) heißt es: „Wir wissen, daß diese Ausbeutung schwacher Kinder und Frauen aller Zivilisation ins Antlitz schlagen. Wir wissen, daß nur ein kraftvolles Volk, das sich selbst regiert, im unschätzbaren Besitz von Gerechtigkeit und Freiheit sein kann, und weil wir wissen, daß nur eine Regierung des Volkes, durch das Volk für das Volk, uns die Demokratie sichert, treten wir rüchaltlos und standhaft dafür ein, daß alle Arbeiter sich organisieren in Gewerkschaften — der großen amerikanischen Erziehungsanstalt zu Bürgern.“ f. r.

Für den Frieden.

Der Friede, eine Forderung wahrer Religion, das war der Hauptinhalt von Vorträgen, die drei Theologen in einer stark besuchten öffentlichen Mitgliederversammlung der Friedensgesell-

schaft Stuttgart gehalten haben. Die Herren Stadtpfarrer Umfried, Kirchenrat Dr. Kroner und Stadtpfarrer Pfand setzten sich von ihrem religiösen Standpunkt aus mit den gegenwärtigen Kriegseignissen auseinander. Ihre von tiefer Überzeugung und männlichem Mut getragenen Ausführungen lassen sich also zusammenfassen: „Das Vaterland schützen, aber der Welt Herrschaft widerstreben, denn sie bringt nicht den Frieden, sondern immer neue Kriege. Alle Weltreiche sind nach kurzer Zeit in Blut und Flammen zusammengebrochen. Ein Eroberungskrieg, trotz priesterlicher Weihe, bleibt den Christen ein Abscheu. Die deutsche Kultur soll erhöht werden zum Heil der ganzen Menschheit, aber wir dürfen die anderen Völker nicht verächtlich machen, wir dürfen ihnen unsere Kultur und Herrschaft nicht aufzwingen wollen.“ Wie mitgeteilt wurde, macht die Friedensidee im Volke gute Fortschritte.

Die Liga der Frauengewerkschaften Amerikas hat sich bereits auf ihrem Kongress von 1909 mit aller Entschiedenheit gegen Rüstungstreiberien und Kriege und für den Frieden ausgesprochen, und das im Sinne der sozialistischen Arbeiterbewegung der ganzen Welt. Seitdem der jetzige Krieg ausgebrochen ist, hat sie ihre grundsätzliche Stellung und Friedensforderung wiederholt in Resolutionen wie in Artikeln ihres offiziellen Organs „Life and Labor“ (Leben und Arbeit) bekräftigt. So schrieb eine der letzten Nummern dieses Blattes: „Inmitten des betäubenden Getrills der mörderischen Maschinengewehre, deren Widerhall bis zu uns herüber tönt; während Heimstätten zerstört und Industrien zerrüttet werden und das Gespenst der Armut und die Furcht vor dem kommenden Winter das Leben Taufender bedrohen; wo Mut und Heroismus im Dienste des Massenmordes vergeudet werden: dürfen wir trotz des Entsetzens, das uns erfüllt, nicht vergessen, daß auch wir einer Aufgabe zu genügen haben, welche unseren ganzen Mut und all unsere Energie erfordert. Es ist unsere Pflicht als organisierte Arbeiterinnen der Vereinigten Staaten, immer von neuem zu wiederholen, wozu unser Land sich verpflichtet hat, die Gerechtigkeit zu schaffen und die Segnungen des Friedens sicherzustellen.“ f. r.

Für den Frieden will ein Frauenkomitee in New York durch Beeinflussung der Jugendziehung arbeiten. Es will auf die Eltern einwirken, ihren Kindern weder Weisoldaten noch Waffen zum Spielen anzuschaffen.

Eintreten bürgerlicher Frauenstimmrechtlerinnen aus 13 Ländern für den Frieden. Wie das in Boston erscheinende „Woman's Journal“ (Frauenzeitung) meldet, setzen Führerinnen und Organisationen des „Weltbunds für Frauenstimrecht“ ihre Bemühungen zur Herbeiführung eines baldigen Friedens fort. Frau Chapman-Catt, New York, die Vorsitzende dieser großen Vereinigung, und Fräulein Schwimmer-Budapest hatten im Auftrage von 13 nationalen Verbänden um eine Audienz bei Wilson ersucht, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten. Sie überreichten ihm eine Petition des Inhalts, er möge sich an die Spitze einer Bewegung stellen, die eine schnelle Beendigung des europäischen Krieges erstrebe. Die 13 nationalen Frauenstimmrechtsverbände, die die Petition vertreten ließen, zählen zusammen mehr als eine Million Mitglieder. Sie haben ihren Sitz in Australien, Kanada, Dänemark, Frankreich, Holland, Ungarn, Italien, Norwegen, Rußland, Schweden, Großbritannien, „Westdeutschland“. Die zuletzt genannte Organisation ist vermutlich eine der verschiedenen Gruppen, in die die bürgerliche Frauenstimmrechtsbewegung Deutschlands zersplittert ist. So viel uns bekannt ist, gehört dem Deutschen Verband für Frauenstimmrecht keine Sonderorganisation für Westdeutschland an. Doch ob dem Verband angeschlossen oder nicht, bleibt das Eintreten der Gruppe für den Frieden nicht minder verdienstlich. Es lenkt übrigens die Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß der Deutsche Verband selbst an der Aktion keinen Teil gehabt hat, während die frauenrechtlerischen Organisationen von Großbritannien, Frankreich und Rußland die Petition unterzeichnet haben.

Friedenswünsche der Freien Kirchen-Liga für Frauenstimmrecht in Großbritannien sind nach Deutschland gesendet worden. Die „Liga“ hat in einer Versammlung dieser Resolution zugestimmt: „Das Exekutivkomitee sendet Grüße an die Frauenstimmrechtlerinnen in Deutschland und versichert sie der tiefsten Sympathie bei den Leiden, die der Krieg über ganz Europa gebracht hat. Wir beten, daß dieser Krieg bald enden möge, und daß die internationalen Beziehungen, die sich in der Frauenbewegung in so glücklicher Weise geltend machen, sich auf das Leben im allgemeinen ausdehnen und künftig nie mehr zerrissen werden.“